

**MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG  
UND KUNST BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 10 34 53 70029 Stuttgart  
E-Mail: [poststelle@mwk.bwl.de](mailto:poststelle@mwk.bwl.de)  
FAX: 0711 279-3080

Herrn Präsidenten  
des Landtags von Baden-Württemberg  
Peter Straub MdL  
Haus des Landtags  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

Stuttgart 25. November 2008  
Durchwahl 0711 279- 3166  
Name Herr Joa  
Aktenzeichen 41-820.86/345  
(Bitte bei Antwort angeben)

nachrichtlich – ohne Anlagen –

Staatsministerium  
Finanzministerium

**Antrag der Abg. Johannes Stober u. a. SPD**

- **Aktuelle Situation der staatlich anerkannten International University in Bruchsal**
- **Drucksache 14/3481**

**Ihr Schreiben vom 4.11.2008**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst nimmt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen zu berichten,*

- 1. wie viele Studierende und Austauschstudenten an der International University (IU) in Bruchsal jeweils zum 1. September 2007 sowie zum 1. September 2008 immatrikuliert waren;*

Am 01. September 2007 waren 179 Studierende immatrikuliert; am 01. September 2008 182 Studierende.

*2. wie hoch im laufenden Trimester der Anteil der Studierenden liegt, die ihre Studiengebühren selbst bezahlen, in welcher Höhe Nachlässe auf die Studiengebühren gewährt wurden, wie hoch das daraus entstandene Einnahmeminus insgesamt liegt und wie es kompensiert wird;*

Der Anteil der Studierenden, die durch Stipendien oder Nachlässe die Studiengebühren nicht oder nicht in voller Höhe selbst tragen müssen, liegt derzeit bei ca. 30 %. Zu den weiter gestellten Fragen können keine Angaben gemacht werden, da sie den innerbetrieblichen Bereich betreffen.

*3. ob die laut Landtagsdrucksache 14/1094 vom Land erwarteten weiteren Zahlungen der IU als Rückbürgen in Höhe von 173 000 € für Studiendarlehen an ihre Studierenden inzwischen erfolgt sind;*

Diese Zahlungen sind bereits erfolgt.

*4. ob seit Beantwortung der Landtagsdrucksache 14/1094 durch die Landesregierung noch weitere Mittel des Landes an die IU oder (z. B. als Studiendarlehen) ihre Studierenden geflossen sind;*

Aus dem Landeshaushalt sind keine weiteren Mittel an die IU oder ihre Studierenden geflossen. Im Zeitraum vom 10. August 2000 bis 31. Dezember 2003 wurden an ausländische Studierende der IU Studiendarlehen zur Finanzierung der Studiengebühren gegeben. Diese Darlehen wurden nicht aus Mitteln des Landes, sondern von der Kreissparkasse Kraichgau gewährt. Lediglich zur Sicherung dieser Studiendarlehen hat das Land Baden-Württemberg gegenüber der Kreissparkasse Kraichgau eine Bürgschaft in Höhe von 100% übernommen. Die IU wiederum hat gegenüber dem Land eine Rückbürgschaft in Höhe von 50% der Landesbürgschaft übernommen.

*5. wie hoch im laufenden Jahr der Anteil des Etats der IU ist, der über private Zuwendungen gedeckt wird;*

Grundsätzlich ist die IU nur im Hinblick auf gewährte öffentliche Zuschüsse zur Auskunft verpflichtet. Angaben zum Anteil des über private Zuwendungen finanzierten Etats der IU betreffen deren innerbetrieblichen Bereich und unterliegen keiner öffentlichen Auskunftspflicht.

*6. ob die IU der Auflage des Landes Baden-Württemberg, bis zum 30. September 2008 ein institutionelles Akkreditierungsverfahren beim Wissenschaftsrat einzuleiten, nachgekommen ist, und falls nein, ob die Landesregierung ihrer Zusage in Landtagsdrucksache 14/1094 nachgekommen ist, die vierte und fünfte Rate der Anschubfinanzierung für die IU wieder zurückzufordern und falls nein, warum sie dies unterlassen hat;*

Im Rahmen der Übernahme der IU durch die Educationtrend AG hat der Ministerrat am 26. Juni 2007 beschlossen, die der International University gesetzte Frist zur Einleitung eines institutionellen Akkreditierungsverfahrens vor dem Wissenschaftsrat bis zum 31. Dezember 2011 zu verlängern. Die mit Ministerratsbeschluss vom 4. Februar 2003 begründete Rückzahlungsverpflichtung für die vierte und fünfte Rate der Anschubfinanzierung in Höhe von insgesamt 2 Mio. € wurde aufgehoben. Die Freigabe der Mittel erfolgte, nachdem die Educationtrend AG das Stammkapital der International University gGmbH auf 1 Mio. € erhöht und eine Bankbürgschaft zu Gunsten des Landes über 2 Mio. € bestellt hatte. Damit hat die Landesregierung die Fortführung der IU ohne zusätzlichen finanziellen Aufwand sicher gestellt.

*7. ob die Meldung in der Stuttgarter Zeitung vom 06.10.2008 „Drei Millionen Euro hat das Land schon früher in die Privathochschule gesteckt. Zwei weitere Millionen, die vergangenes Jahr zunächst eingefroren waren wurden, sind jetzt als verlorener Zuschuss doch noch freigegeben worden.“ zutreffend ist, wenn ja, ob es sich bei diesen für das Land „verlorenen“ zwei Millionen Euro um die vierte und fünfte Rate der Anschubfinanzierung für die IU handelt;*

Im Rahmen der staatlichen Anerkennung der IU mit Beschluss des Ministerrats vom 11. Februar 1998 wurde der IU für die Dauer von 5 Jahren eine Anschubfinanzierung in Höhe von jährlich 2 Mio. DM (1,02 Mio. Euro) zugesagt. In den Jahren 2000 bis 2004 erhielt die IU insgesamt 5,1 Mio. Euro. Gemäß Ministerratsbeschluss vom 4. Februar 2003 sind die Zuschüsse für die Jahre 2003 und 2004 mit der Maßgabe gewährt worden, dass die beantragte Akkreditierung zu einem positiven Ergebnis führt. Bis dahin muss die IU den Rückfluss der Landesmittel sicherstellen. Die in den Jahren 2003 und 2004 zugewiesenen Landesraten wurden in Form einer Forderungsverpfändung an die Sparkasse Kraichgau in entsprechender Höhe nachgewiesen. Zur Freigabe der Mittel wird auf Ziffer 6 der Antwort verwiesen.

*8. wie sie die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU im Bruchsaler Gemeinderat in den Badischen Neuesten Nachrichten vom 9. Oktober 2008 bewertet, nach denen dieser „das Experiment“ IU beenden und der IU kündigen will, um statt dessen das Ge-*

*lände der Dragonerkaserne in Bruchsal für die Erweiterung des Justus-Knecht-Gymnasiums zu nutzen und welche Perspektiven sie für die IU sieht, wenn die Stadt Bruchsal ihr großes finanzielles Engagement für die IU Bruchsal einstellen würde;*

Die vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Bruchsal ausgelöste Debatte, deren Anlass nicht in erster Linie die Erweiterung des Justus-Knecht-Gymnasiums, sondern ein anderes Schulprojekt war, dürfte mit dem Beschluss des Gemeinderats der Stadt Bruchsal vom 14. Oktober 2008 über die Durchführung des Neubaus einer Grund- und Realschule in Bruchsal-Untergrombach gegenstandslos geworden sein.

Der Weiterbetrieb der International University ist nicht vom finanziellen Engagement der Stadt Bruchsal abhängig. Die International University erhält keine finanziellen Zuwendungen von der Stadt Bruchsal. Zwischen der Stadt Bruchsal und der International University besteht lediglich der Mietvertrag über die von der International University genutzten Flächen und Räumlichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Professor Dr. Peter Frankenberg  
Minister